## SVP-Nationalrat gegen Zeitung, 14.9.16 Abstimmungen über Lehrplan 21

Schulstreit Felix Müri sagt, die Schule sei kein geeignetes Thema für «parteipolitischen Wirbel»

#### VON FLORIAN BLUMER

Baselland hat im Juni abgestimmt, die nächste Initiative ist aber bereits eingereicht. Als Nächstes sind St. Gallen. Schaffhausen, Thurgau und der Aargau an der Reihe. Der Lehrplan 21, wichtigstes Arbeitsinstrument der Deutschschweizer Lehrpersonen, ist unter heftigen Beschuss geraten. In vielen Kantonen wollen Komitees, bestehend aus Lehrern, Eltern und Politikern, seine

Einführung verhindern. An vorderster Front kämpfen lokale SVP-Politiker mit, auf nationaler Ebene bekommen sie Unterstützung unter anderem von Bildungspolitiker und SVP-Nationalrat Peter Keller aus Nidwalden. Er bezeichnet den vereinheitlichten Lehrplan als praxisuntaugliches «Monstrum». Innerhalb der Volkspartei gibt es aber auch andere Stimmen. So findet es scharf an. KOMMENTAR SEITE 18. SEITE 2/3

Felix Müri, Präsident der nationalrätlichen Bildungskommission, nicht angebracht, den Lehrplan zu kippen. Generell halte er die Schule nicht für ein geeig-

netes Thema, «um parteipolitischen Wirbel» zu machen. Müri liegt damit auf der Linie von Christoph Eymann, Präsident der Schweizerischen Erziehungsdirektorenkonferenz. Im Interview mit der «Nordwestschweiz» greift er die SVP

## Lehrplan 21 Der politische Streit um die Schule

Aarganer Zeitung, 14.9.16

# Hurra, hurra, die Schule brennt

Die Bildung unserer Kinder ist zum Politikum geworden: In den meisten Kantonen der Deutschschweiz wird heftig über den Lehrplan 21 gestritten. In Basel wird derweil bereits damit unterrichtet.

VON FLORIAN BLUMER

ontag, 8 Uhr im Theobald-Baerwart-Schulhaus am Kleinbasler Rheinufer. Das altehrwürdige Gebäude strahlt Beständigkeit Doch traditionell ist an diesem Schulhaus nur die Fassade. Hinter den dicken Mauern manifestiert sich der Albtraum vieler konservativer Bildungspolitiker im Land: Statt in einem Klassenzimmer nehmen die Sekundarschüler an ihren Einzeltischchen mit Sichtschutz Platz, wo sie für die nächste Stunde selbstständig an ihren Wochenaufgaben arbeiten werden - «Lernatelier» nennt sich diese neue Form des Unterrichts. Hinten im Raum sitzt ein Lehrer, der unterstützt, wo nötig.

Um die Schule der Zukunft tobt ein politischer Streit. Im Zentrum der Debatten steht der Lehrplan – eigentlich ein Planungsinstrument für Lehrpersonen, das bislang eine Angelegenheit von Bildungsräten und Kantonsregierungen war. Nun wird in Kantonsparlamenten darüber debattiert und in der Öffentlichkeit im Rahmen von Abstimmungskämpfen darüber gestritten (siehe Box).

Startpunkt für die Auseinandersetzung war ausgerechnet ein unumstrittener Volksentscheid: Am 21. Mai 2006 beschloss das Schweizer Stimmvolk mit 85 Prozent Ja-Stimmen, den Schulunterricht zu harmonisieren. In der Folge erarbeitete die Deutschschweizer Erziehungsdirektorenkonferenz in Zusammenarbeit mit Lehrpersonen und Bildungsexperten einen einheitlichen Lehrplan für alle deutschsprachigen Schulen: den Lehrplan 21.

Wissensvermittlung aufgegeben?

Einer der Hauptkritikpunkte der Gegner: Dem Lehrplan 21 liege ein konstruktivistisches Weltbild zugrunde. Damit gemeint ist, dass Schüler künftig ihre Lernprozesse weitgehend selber steuern sollen und die Lehrer zu Lernbegleitern degradiert würden. Mit dem Konzept der «Kompetenzorientierung» werde zudem die Wissensvermittlung in der Schule aufgegeben. Die SVP erstellte bereits 2010 unter Federführung von Ulrich Schlüer, damals Nationalrat, einen eigenen, alternativen Lehrplan. 2014, nach Beendigung der Vernehmlassung zum Lehrplan 21, forderte sie einen «Übungsabbruch». Entsprechend kämpfen nun lokale SVP-Politiker an vorderster Front gegen den Lehrplan an, meist im Verbund mit Bürgerinitiativen von Lehrern und Eltern.

Während im Rest der Schweiz über den Lehrplan 21 gestritten wird, unterrichten die Lehrerinnen und Lehrer in Basel-Stadt bereits seit einem Jahr damit. Gaby Hintermann ist Lehrerin am Theobald-Baerwart-Schulhaus und als Präsidentin der Kantonalen Schulkonferenz Vertreterin der Lehrpersonen Basels. Sie sagt: «Es herrscht keine grosse Euphorie, es gibt aber auch keinen grossen Widerstand.» Natürlich sei an einem so grossen Wurf nie alles gut, so sei er sehr «schwur-



«Der Lehrplan 21 ist keine To-do-Liste. Er lässt einem sogar mehr Freiheiten als der alte Lehrplan.»

**Gaby Hintermann** Lehrerin und Präsidentin der Schulkonferenz Basel-Stadt



«Man ist natürlich frei, Abstimmungen zu machen. Ich persönlich bevorzuge es, wenn man auf anderem Wege Lösungen findet.»

Felix Müri SVP-Nationalrat LU

blig» geschrieben und sehr kleinteilig. Aber sie könne ihn lesen - schliesslich sei er ein Arbeitsinstrument, das für Fachpersonen geschrieben sei. Genau deshalb eigne er sich in dieser Form auch nicht für die öffentliche Diskussion.

## Konventioneller Unterricht

Die Lehrerin beklagt, dass die öffentliche Diskussion von vielen Missverständnissen geprägt sei. So würden sie die Kompetenzziele zwar dazu verpflichten, sich Wege zu überlegen, wie die Schülerinnen ihr Wissen anwenden können. Selbstverständlich bleibe aber die Wissensvermittlung ein zentraler Bestandteil ihres Unterrichts: «Alles andere wäre gegen meine Berufsehre.» Und der Lehrplan sei ein Kompass und keine To-do-Liste, auf der man jeden Punkt abhaken müsse: «Er lässt einem sogar mehr Freiheiten als der alte.»

Und Hintermann stellt klar: Das Lernatelier, das bei ihnen ein Viertel des Unterrichts ausmacht, sei keine Vorgabe des Lehrplans 21: «Viele anderen Schulen in Basel-Stadt haben weiterhin einen konventionellen Unterricht, und das passt auch.» Dass sich die Basler Lehrpersonen gegen die Einführung kaum wehrten, führt sie vor allem darauf zurück, dass ihre Anliegen von der Erziehungsdirektion angehört wurden und auch vieles in die Überarbeitung des Lehrplans einfloss – darunter die Gewährung einer sechsjährigen Übergangsfrist, bis er vollständig umgesetzt sein muss.

Alles halb so wild also? SVP-Nationalrat und Bildungspolitiker Peter Keller ist einer der Kritiker des Lehrplans 21. Dass er einen «konstruktivistischen Ansatz» verfolge, sei nicht sein Hauptargument. Für ihn ist der Lehrplan 21 «eine Riesenübung, die viel Geld kostet und mit der die Lehrer geplagt werden.» Und er sei nicht praxistauglich - weshalb er auch hoffe, dass sich am Ende auch mit dessen Einführung nicht viel ändern werde.

Gelassener sieht es sein Parteikollege Felix Müri, Präsident der Bildungskommission des Nationalrats. Er meint: «Am Lehrplan ist nicht alles falsch.» Vielleicht 80 Prozent seien gut, 20 Prozent schlecht. Ihn deshalb ganz zu kippen, fände er falsch. Zu den kantonalen Initiativen meint er: «Man ist letztlich frei. Abstimmungen zu machen. Ich persönlich bevorzuge es, wenn man Lösungen auf anderem Weg findet.» Er halte die Bildung nicht für ein geeignetes Thema, «um parteipolitischen Wirbel» zu machen. Die Opposition in den Kantonen hält er dennoch für gerechtfertigt: «Manchmal muss man halt ein bisschen auf die Pauke hauen, um etwas zu erreichen. Die Bereitschaft, Anpassungen zu machen, kam erst mit den kantonalen Referenden.»

Gschpürschmi-Pädagogik

Wie sehr der Streit um die Schulinhalte eben doch genutzt wird, um politischen Wirbel zu machen, zeigt die Tonlage, in welcher die Debatte oft geführt wird. Bereits 2010, als die Arbeiten zum Lehrplan 21 begannen, legte die SVP un-



ter Federführung des damaligen Nationalrats Ulrich Schlüer einen eigenen Lehrplan als Gegenentwurf vor und verunglimpfte darin die aktuelle Schule als «Vergnügungszentrum». Danach gefragt, warum die Schule in den letzten Jahren für die SVP plötzlich ein derart wichtiges Thema geworden sei, sagt Peter Keller, sie sei «viel zu lange ein Sandkasten der Linken» gewesen, weshalb eine «Gschpürschmi-Pädagogik» Einzug gehalten habe.

Matthias Aebischer, Nationalrat und Bildungspolitiker der SP, widerspricht Keller vehement. Auch er ist ehemaliger Lehrer und Vater dreier schulpflichtiger Kinder. Er meint, dass heute mehr Wert auf Sozialkompetenzen gelegt werde und die Anwendung des Wissens einen höheren Stellenwert habe, sei richtig. «Meine Beobachtung ist aber, dass sich über die Jahre gar nicht viel geändert hat. Auch der Lehrplan 21 wird daran kaum etwas ändern.» Grundsätzlich ist er überzeugt: «Die Politik hat auf den Schulalltag sowieso keinen entscheidenden Einfluss.»

Im Theobald-Baerwart-Schulhaus nähert sich die Mittagspause. Im Mathematikunterricht beendet die Lehrerin ihre Erklärungen zu den Rechenaufgaben, im Lernatelier beginnen die Schüler, ihre Sachen zusammenzupacken. Die Politik scheint hier Welten weit weg. Auch Gaby Hintermann freut sich auf die Mittagspause. Und meint zum Schluss: «Die Diskussionen um den Lehrplan hin oder her – wie gut der Unterricht ist, hängt letztlich immer noch von der Lehrperson ab.»



steht und an die Tafel schreibt: Zweitklässler der Theobald-Baerwart-Sekundarschule in Basel.

## MARIO HELLER

## LEHRPLAN 21: WO UND WIE ÜBER IHN GESTRITTEN WIRD

Der Lehrplan 21 wurde 2010 bis 2014 unter der Leitung der Deutschschweizer Erziehungsdirektoren-Konferenz von Fachbereichteams aus Lehrpersonen und Fachdidaktikern erarbeitet. Zentrale Neuerungen sind die Einführung von Kompetenz- statt Wissenszielen, neue Unterrichtsfächer und Module wie Wirtschaft oder Medien und Informatik. Nicht geregelt im Lehrplan sind u. a. Stundenpläne und die Notenvergabe.

tenvergabe.
Für die Umsetzung und Einführung sind die einzelnen Deutschschweizer Kantone verantwortlich. Folgende Kantone haben bereits Lehrpläne veröffentlicht, die auf dem Lehrplan 21 basieren: BS, BL, BE, GL, GR, LU, NW, OW, SZ, UR. Die Mehrzahl von ihnen plant die Einführung auf das Schuljahr 2017/18.
In folgenden Kantonen stehen Termine für Abstimmungen fest, die sich direkt oder indirekt gegen den Lehrplan 21 richten: SG (25.9.), SH und TH (27.11.), AG (12.2.17).
In BL wurde bereits im Juni über der Lehrplan 21 abgestimmt. Die Initiati

In folgenden Kantonen stehen Termine für Abstimmungen fest, die sich direkt oder indirekt gegen den Lehrplan 21 richten: SG (25.9.), SH und TH (27.11.), AG (12.2.17). In BL wurde bereits im Juni über den Lehrplan 21 abgestimmt: Die Initiative wurde mit 53 Prozent Nein-Stimmen abgelehnt. Es sind jedoch zwei weitere Initiativen mit ähnlicher Stossrichtung hängig, die eine ist eingereicht, für die zweite läuft die Unterschriftensammlung.

- Eingeführt
- Einführung beschlossen und weitgehend unbestritten
- Eine oder mehrere Initiativen eingereicht
- Unterschriftensammlung für Initiative läuft
- Initiative abgelehnt
- Initiative für ungültig erklärt

Initiative abgelehnt/eingereicht/
Unterschriftensammlung läuft

BS

SG

VD

FR

VS

TI

GE

VS

In Al lancierte SVP-Mitglied Paul Bannwart gegen den Willen der Kantonalpartei eine Initiative, die er später wieder zurückziehen wollte.

QUELLE: EDK/BKS

Dafür war es jedoch schon zu spät. An der Landsgemeinde im April dieses Jahres wurde sie dann deutlich abgelehnt.

GRAFIK: NCH/MTA

## «Schulfragen eignen sich nicht für Volksabstimmungen»

Kommt das Frühfranzösisch vors Volk, fürchtet Christoph Eymann eine wüste Auseinandersetzung zwischen den Landesteilen

#### **VON FLORIAN BLUMER**

«Bürokratiemonster», «Keine Wissensvermittlung mehr» – die Kritik am Lehrplan 21 ist heftig. Wie erklären Sie sich das?

Christoph Eymann: Seit dem Volksentscheid 2006 haben wir den Auftrag, einen nationalen Lehrplan zu erarbeiten. Es ist das erste Mal, dass man in diesem Land versucht, die Bildungsinhalte zu harmonisieren. Dass es dagegen Widerstand gibt, ist normal - das war bei Lehrplänen schon immer so.

## Kritisiert wird vor allem das Konzept der Kompetenzorientierung.

In der Berufslehre und in den Gymnasien arbeitet man schon lange mit Kompetenzen, auch in der Schule ist dies nichts gänzlich Neues. Ich will nicht sagen, dass am Lehrplan 21 alles perfekt ist, aber er ist auch nicht so in Bausch und Bogen zu verurteilen, wie das politische Parteien, Lehrer-Standesorganisationen oder Gewerkschaften tun. Man kann mit diesem Tool arbeiten.

## Dennoch: Wurden vonseiten der Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK) nicht auch Fehler gemacht?

Man kann immer sagen, dass man das eine oder andere hätte besser machen können. Aber wir haben, wie in solchen Fällen üblich, eine Vernehmlassung durchgeführt. Wir haben viele Anregungen aufgenommen und Verbesserungen angebracht. Ich kann deshalb die Aufregung nicht recht nachvollziehen. Aber wenn man natürlich Probleme bewirtschaften will, wie das die SVP macht, dann verstehe ich, dass man auf diesen Zug aufspringt. Es gibt gewisse Ideen zur Bildung aus dem Hause Blocher, die offenbar umgesetzt werden sollen. Also ist man gegen alles, das anders ist.

### Wie erklären Sie sich, dass der Lehrplan in Baselland so grossen Widerstand hervorruft, während er in Basel praktisch unumstritten ist?

Ein Schlüssel ist, dass in Basel die Zusammenarbeit mit den Lehrervertretungen - der Schulkonferenz und der Gewerkschaft - funktioniert, dass beide Seiten dialogbereit sind. Dann haben wir einen politisch zusammengesetzten Erziehungsrat, dessen Mitglieder offensichtlich auch einen Rückhalt in ihren Parteien haben. Und man ist in Basel zurückhaltender mit dem Instrument der Volksinitiative. Im Baselbiet fliegt ihnen das gerade um die Ohren: Sie haben sechs oder acht Initiativen zur Schule hängig, die sich zum Teil gegenseitig widersprechen. Ich kenne kaum jemanden, der noch den Überblick hat. Die Schule wird

destabilisiert und es bleiben Minderheiten zurück. Das ist nur schädlich. Die Schule muss gestärkt werden, und das geschieht nicht mit Volksinitiativen oder Referenden.

### Wenn eine Frage so umstritten ist - müsste man dann nicht erst recht darüber abstimmen lassen?

Nicht alle Fragen eignen sich, dem Volk vorgelegt zu werden. Hier geht es um eine inhaltliche Frage zur Schule. Ein Lehrplan ist eine Anweisung für Fachleute, die das studiert haben. Man diskutiert ja auch nicht über die Anweisung des Physiotherapeuten an den Arzt. Gewisse Entscheidungen müssen auf Fachebene fallen, in Bildungsräten oder Erziehungsräten – die ja auch politisch zusammengesetzt sind. So falsch ich

es finde, über den Lehrplan 21 abstimmen zu lassen, so falsch fände ich es auch, eine Volksabstimmung zur Sprachenfrage zu machen. Zu Schulfragen werden sie im Volk nie eine klare Mehrheit bekommen.

Auch in der Sprachenfrage wird gestritten. Mehrere Kantone, darunter Thurgau, verstossen gegen den Kompromiss der EDK: Sie wollen mit Französisch nicht schon in der Primarschule beginnen. Wird zum Schluss der Bund eingreifen müssen, wie das Bundesrat Alain Berset androhte?

Ich hoffe nicht, dass es so weit kommt. Ich will nicht schönreden, dass die Situation problematisch ist. Wir in der EDK finden aber einen Bundeseingriff nicht verhältnismässig. Dies würde letztlich dazu führen, dass es ein Referendum gibt. Dann hätten wir einen wüsten Abstimmungskampf: Westschweiz, Tessin und Rätoromanen gegen die Deutschschweiz. Das brauchen wir nicht in diesem Land.

Was ist so schlimm daran, dass einige Kantone erst nach der Primarschule mit Französisch beginnen wollen? Von den Westschweizer Kantonen wird dies als grosser Affront empfunden, es ist sehr schädlich für den Zusammenhalt im Land. Dazu frage ich mich auch, warum wir weniger von unseren Schülerinnen und Schülern fordern sollen. Da verstehe ich die SVP nicht: Sie redet immer von der Wohlfühlschule, wenn es aber um zwei Fremdsprachen in der Primarschule geht, sagt sie, das sei zu viel für unsere Kinder. Wenn sie dann auch noch mit Fremdsprachigen argumentiert, die dies nicht leisten können - das geht nicht auf.

## Sie sind noch bis Ende Jahr EDK-Präsident. Wie zuversichtlich sind Sie, dass Sie bis dahin noch eine Lösung im Sprachenstreit finden?

Dass im Kanton Thurgau, der vom Kompromiss abweichen wollte, die Frage nun doch noch einmal im Parlament diskutiert werden soll, dient der Beruhigung der Situation. So kann auch das zwangsläufig entstehende Problem einer drohenden überladenen Stundentafel durch zusätzliche Französisch-Lektionen in der Sek I angegangen werden. Doch sollte es nicht gelingen, Einigkeit unter den Kantonen herzustellen, dann muss ich mir am Schluss sagen: Das ist mir nicht gelungen. Das würde mich sicher wurmen. Aber mit dieser Unvollkommenheit müsste ich leben.

## CHRISTOPH EYMANN



Der 65-jährige Jurist ist Präsident der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK). Eymann gehört der Liberal-demokratischen Partei (LDP) an und ist Vorsteher des Erziehungsdepartements von Basel-Stadt sowie Mitglied der Bildungskommission des Nationalrats.

## KOMMENTAR

## Ein Lehrplan ist ein Fall für Fachleute

as Corpus Delicti ist über 500 Seiten dick und in einer Sprache verfasst, die Fachleute vor Herausforderungen stellt und Laien überfordert: Der Lehrplan 21, Grundlage dafür, was die Deutschschweizer Kinder in Zukunft lernen sollen. Kein Wunder also, hat ihn kaum jemand ausserhalb von Fachkreisen überhaupt gelesen.



### on Florian Blumer

Der Lehrplan 21 will keine Ideologie vermitteln - sondern die Schüler für künftige Herausforderungen rüsten.

Das wäre auch kein Problem - würden nicht in mehreren Kantonen demnächst die Stimmbürger an die Urnen gebeten, um über seine Abschaffung abzustimmen. Die Argumente der Gegner von «konstruktivistischem Ansatz» bis zur Abschaffung der Wissensvermittlung stiften dabei mehr Verwirrung, als dass sie bei der Entscheidungsfindung helfen würden.

Hört man sich bei Basler Lehrpersonen um, die bereits mit dem Lehrplan 21 arbeiten, wird schnell klar: alles halb so wild. Auch in Basel sind Lehrer noch Lehrer, welche die Vermittlung von Wissen als eine ihrer zentralen Aufgaben sehen. Neu sind sie jedoch verpflichtet, sich Gedanken zu machen, wie ihre Schülerinnen das Gelernte auch anwenden können.

Wie bei anderen zentralen Elementen des Lehrplans - Medienkompetenz etwa oder Unterstützung in der Berufswahl - geht es nicht darum, dass unseren Schülern eine Weltanschauung aufgedrückt wird. Die Idee ist schlicht, sie auf die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts vorzubereiten.

Es ist unsinnig, ja schädlich, ideologische Grabenkämpfe über den Lehrplan zu führen. Überlassen wir die Diskussion über inhaltliche Feinheiten denjenigen, die wissen, wovon sie reden. Es gibt keinen Grund, ihnen zu misstrauen.